

Gemeinsam denken : koordiniert lenken : SKOS/FDK-Tagung : Armut gemeinsam vermindern

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe :
Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge,
Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft**

Band (Jahr): **93 (1996)**

Heft 9

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-838271>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Gemeinsam denken – koordiniert lenken

SKOS/FDK-Tagung: Armut gemeinsam vermindern

«Die schweizerischen Sozialwerke sind mit dem Berner Münster vergleichbar: irgendwo wird immer gebaut», mit diesem Vergleich eröffnete Regierungsrat und FDK-Präsident Alterik Ziegler, Uri, die Armutstagung von SKOS und FDK in Bern. Einig waren sich die Teilnehmenden darin, dass das Gärtchendenken in der Sozialpolitik überwunden und mehr das Gespräch zwischen Bund, Kantonen, Gemeinden, Politik, Wirtschaft und Fachleuten gesucht werden muss.

Zum Jahr der Armut luden die Konferenz der kantonalen Fürsorgedirektoren (FDK) und die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) Politiker und Fachleute von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie der Hilfsorganisationen anfangs Juli zu einer Tagung ins Berner Rathaus ein. Mit rund hundert Teilnehmenden war die Tagung gut besucht und stellte in dieser Zusammensetzung ein Novum dar: Gemäss SKOS-Geschäftsführer Peter Tschümperlin war es das erste Mal, dass sich Spitzenvertreter des Sozialbereichs aller drei politischen Ebenen und privater Organisationen in so grosser Zahl zusammenfanden, um Zukunftsfragen zu diskutieren.

Die Armut ist eine gesellschaftliche Realität in der Schweiz: 5 bis 10 Prozent der Wohnbevölkerung sind betroffen. Alleinerziehende mit Kindern, Behinderte, Langzeitarbeitslose, alte Menschen und Suchtkranke sind besonders gefährdet, in die «Armutsfalle» zu geraten. Das Bedenkliche daran ist, dass der Armut häufig Ursachen zugrunde liegen, die eigentlich durch die Sozialver-

sicherungen aufgefangen werden sollten. Eine Verbesserung der Leistungssysteme, insbesondere auch mehr Koordination zwischen den verschiedenen Sozialversicherungszweigen und der Sozialhilfe seien unumgänglich, erklärte Bundesrätin Ruth Dreifuss. Dringend seien ein besserer Schutz der Mutterschaft und die Absicherung wirtschaftlich Schwacher während der gesamten Erziehungszeit. Bundesrätin Dreifuss warnte davor, wegen Mängeln des Systems das Kind mit dem Bade auszuschütten und steckte den Rahmen für die Diskussion um Reformen ab: «Ein Grundsicherungsmodell, welches die verschiedenen Sozialversicherungszweige ersetzt (oder ergänzt), wird nicht eingeführt werden.»

Koordinationsbedarf ortet Dreifuss insbesondere zwischen der Arbeitslosen-, der Invalidenversicherung und der Sozialhilfe. Über ein eidgenössisches Rahmengesetz im Bereich der Sozialhilfe könnte die Koordination verbessert werden. In der 1995 durchgeführten Vernehmlassung haben jedoch 17 Kantone eine Gesetzgebungskompetenz des Bundes im Bereich der Sozialhilfe kategorisch abgelehnt. Die Sozialministerin gab der Hoffnung Ausdruck, dass die Kantone und Gemeinden sich dennoch auf eine minimale Vereinheitlichung ihrer Sozialhilfepraxis einigen können.

Die politische Sichtweise brachten an der Tagung Regierungsrat Peter Aliesch, Vorsteher des Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartementes des Kantons Graubünden, und Stadträtin Monika Stocker,

Vorsteherin des Sozialdepartementes der Stadt Zürich, ein – auf unterschiedliche Weise. In der Einschätzung der Entwicklung der letzten Jahre – ein starkes Anwachsen sozialer Probleme und damit eine Mehrbelastung der Sozialhilfe sowohl im Landkanton wie in der Grossstadt – waren sie sich einig. Unterschiedlich aber beurteilten sie die künftige Entwicklung. Aliesch strahlte Zuversicht aus, dass aufgrund der im Kanton eingeleiteten Reformen in der Sozialhilfe die künftigen Probleme zu bewältigen sein werden. Die Beratung der Sozialhilfesuchenden wurde regionalisiert und den regionalen Sozialdiensten übertragen. Neu eingeführt wurde auch ein Lastenausgleichssystem im Fürsorgebereich. Die Gemeinde trägt einen Selbstbehalt von einem Viertel der Kosten, der Kanton übernimmt ebenfalls ein Viertel, die andere Hälfte wird auf die Gesamtheit der Gemeinden verteilt. Die Lasten dürfen 5 Prozent der Steuererträge einer Gemeinde insgesamt nicht überschreiten. Mit diesem System habe Graubünden bisher nur gute Erfahrungen gemacht, versicherte Aliesch.

Kritisch äusserte sich Aliesch zu den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV): Ohne den Einbezug der Sozialdienste und der Berufsberatung sei der Misserfolg vorprogrammiert. Zur Arbeitslosenversicherung merkte er an, dass sich diese stärker am Bedürftigkeitsprinzip orientieren sollte. Schliesslich wandte er sich gegen die auf beiden Seiten weitverbreitete Haltung, Wirtschaft und Soziales als ein Gegensatzpaar zu betrachten.

Wenn die Kantone sich in der Sozialhilfe nicht dreinreden lassen wollten und diese zur Hauptsache als Gemeindeaufgabe betrachteten, so werde die kritische Lage der Städte ausgeblendet, bedauer-

te Stadträtin Monika Stocker. Die Stadt Zürich sei personell und finanziell an ihren Grenzen und stosse bei der Lösung von praktischen Alltagsproblemen zudem oft an rechtliche Grenzen. «Es ist aussichtslos», seufzte Stocker, auf den heutigen Gleisen könnten die aktuellen Probleme nicht gelöst werden, umso weniger jene von morgen. Die Sozialversicherungen seien nicht auf strukturelle Risiken ausgerichtet. Über neue Modelle und eine finale Grundversorgung müsse nachgedacht werden.

Spurgruppe für Soziales bilden

Nötig und dringend sei jedoch ebenso sehr, die heutigen Probleme anzupacken, zusammensitzen, auszuloten, wie weit der Konsens gehe und rasch praktikable Lösungen für die Probleme von heute zu finden, betonten Stocker und Walter Schmid, Chef des städtischen Fürsorgeamtes, Zürich. Bundesrätin Ruth Dreifuss, SKOS und FDK wurde der Vorschlag mitgegeben, eine Vordenkergruppe für soziale Fragen einzusetzen, die unbesehen von Hierarchien und Kompetenzen Lösungsmodelle erarbeiten und Koordinationsarbeit leisten könnte.

Sukkurs erhielten die Städtevertreter von Stadtrat Pierre Tillmann, Vorsteher des Sozial- und Umweltdepartementes der Stadt Lausanne, der auf die Arbeitslosenquote von 11 Prozent in der Léman-Stadt hinwies. Personen, die zu lange aus dem Arbeitsprozess fielen, könnten kaum mehr integriert werden. Auch der Tessiner Regierungsrat Petro Martinelli gab sich illusionslos: «Die Wirtschaft schafft nicht neue Arbeitsplätze, der Staat muss lenkend eingreifen.» Der Politologe Sandro Cattacin, Genf und Freiburg, sieht einen möglichen Weg darin,

bezahlte und unbezahlte Arbeit anders zu gewichten.

«Für wen ist die Lage aussichtslos?», nahm Jürg Krummenacher, Direktor der Caritas Schweiz, ein Votum von Monika Stocker auf: «Sicher nicht für die Besitzer von CS-Aktien, wohl aber für Langzeitarbeitslose.» In bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung zeigte sich Krummenacher desillusioniert: Für Massenproduktionen sei die Schweiz unwiderruflich aus dem Rennen gefallen, und dies bedeute, dass für wenig qualifizierte Leute immer weniger Arbeitsplätze zur Verfügung stünden. Trotzdem

stimmte er mit Bundesrätin Dreifuss in den Lösungsansätzen überein: Es sei gefährlich, grosse Risiken ohne das Versicherungsprinzip lösen zu wollen. Um die Grundsicherung zu verbessern, müssten die Ergänzungsleistungen auf weitere Gruppen ausgedehnt werden. Der Einwand von Monika Stocker, der Trend gehe doch gerade in die andere Richtung und der Bund wolle sich aus der EL (im Rahmen der Aufgabenteilung Bund/Kantone) verabschieden, klopfte Bundesrätin Dreifuss aus dem Busch: Darüber sei noch nicht das letzte Wort gesprochen. cab

Eingliederung Behinderter ruft nach neuen Lösungen

Delegiertenversammlung der SAEB

Die berufliche Eingliederungsquote von behinderten Lehrlingen ist seit Anfang der neunziger Jahre rückläufig. Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft zur Eingliederung Behinderter (SAEB) fordert deshalb, kooperierende Arbeitgeber mit einem Bonus-System zu belohnen.

Die SAEB führte ihre 45. Delegiertenversammlung in der Band-Genossenschaft in Bern durch, welche als Gründungsmitglied der SAEB in diesem Jahr ihr 50jähriges Bestehen feiert.

In ihrer Begrüssung ging die Präsidentin Nationalrätin *Lili Nabholz* auf das wichtigste Ereignis des Tages, die nationalrätliche Behandlung der parlamentarischen Initiative Suter zur Chancengleichheit für behinderte Menschen, ein. Obwohl die erste formelle Hürde ge-

nommen werden konnte, rief *Lili Nabholz* die Delegierten auf, die nun folgende parlamentarische Arbeit beharrlich zu verfolgen und am Ball zu bleiben. Von der Anerkennung des Grundsatzes bis zu einer Volksabstimmung über einen griffigen Verfassungsartikel bleibe noch ein langer und beschwerlicher Weg.

Die Präsidentin leitete im folgenden auf den fachlichen Teil der Versammlung über: Die höchst beunruhigende Entwicklung der IV-Finzen (Bericht der IDA Fiso) und – als Beispiel dafür – die seit Beginn der Rezession bedrohliche Zunahme von RentnerInnen mit einer psychischen Behinderung machen deutlich, dass neue Wege zur *beruflichen Eingliederung* gesucht werden müssen. Als erster Referent zeigte *Johannes Leutwyler*,